

Goldanleihe durch Dollaranweisungen.

Im Hauptauschuss angenommen.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds im Hauptauschuss des Reichstages betonte Reichsfinanzminister Dr. Hermes, zur Stärkung unserer Währung brauche das Reich einen bestimmten, jederzeit greifbaren Vorrat an hochwertigen Devisen. Um solche Devisen dem allgemeinen Interesse dienstbar zu machen, solle die Anleihe in Höhe von 50 Millionen Dollar ausgegeben werden. Es ist das erstmalig, daß eine deutsche Anleihe auf eine ausländische Währung ausgegeben wird. Die Einzahlung soll dementsprechend in ausländischen Devisen oder Noten erfolgen. Einzahlung von Dollars sei nicht zur Bedingung gemacht, vielmehr kann sie unter entsprechender Anrechnung auch in anderen hochwertigen Devisen geleistet werden.

In der Diskussion erklärte der sozialdemokratische Vertreter, Abg. Schmidt, seine politischen Freunde ständen dem Gesetzentwurf freundlich gegenüber. Abg. Nieber von der Deutschen Volkspartei ist der Ansicht, die Aufhebung der Goldanleihe könne die Flucht aus der Mark einschränken. Auch Dr. Helfferich von den Deutschnationalen stimmt dem Plan zu. Auf seinen Antrag soll der Titel des Gesetzes lauten: „Gesetz über die Ausgabe von Dollaranweisungen.“ Das wird angenommen, ebenso der gesamte Entwurf.

Deutsche Marine.

Organisation und heutiger Umfang.

Das soeben erschienene Marinejahrbuch enthält über die Organisation unserer einst so stolzen Seewaffe Mitteilungen, die trotz der Bedeutungslosigkeit der heutigen deutschen Marine doch allgemeines Interesse beanspruchen können.

Die Flotte des Deutschen Reiches ist durch den Vertrag von Versailles auf 6 Linienfahrzeuge, 6 leichte Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote beschränkt. Die Truppen belaufen sich, einschließlich der Offiziere und Mannschaften, auf 15.000 Mann: 621 Seefoffiziere, 163 Offiziere des Ingenieurwesens, 91 Sanitätsoffiziere, 80 Zahnmeister, 545 Deckoffiziere, 6 Musikmeister, 92 Oberfeldwebel, 494 Feldwebel, 2819 Unteroffiziere und 10.089 Mannschaften. Oberster Befehlshaber über Meer und Marine ist der Reichspräsident, wie es früher der Kaiser war, und wie beispielsweise auch der Präsident der Vereinigten Staaten als oberster Kriegsherr über die Land- und Seestreuppen der Union anzusehen ist. Das Reichswehrministerium umfaßt eine Heeres- und eine Marineabteilung. Chef der Marineleitung ist zurzeit Admiral Behnde, er vereint in sich die Kommandogewalt und die Verwaltung. Unter ihm stehen die Flotte, die Küstenverteidigung, die Inspektion, die Lehr- und Versuchsanstalten, die technische Verwaltung und andere Dienstzweige. Die Zentraleitung in Berlin teilt sich in den Stab des Chefs, die Kommandantur, das Allgemeine Marineamt mit den Unterabteilungen für die Berufen, das Konstruktionswesen, sowie die nautischen und Seetransportabteilungen und das Verwaltungssamt.

Bemerkenswert ist, daß bei der Aufzählung der Dienstgeschäfte der einzelnen Dienststellen u. a. genannt werden: Studium der Unterseebootskonstruktionen und Weiterführung der elektrotechnischen Unterseebootsfrage. Obwohl auf Grund des Versailler Vertrages bei uns keine neuen Unterseeboote gebaut werden dürfen, wird die Entwicklung in anderen Ländern sorgfältig überwacht und studiert. Bekanntlich steht man in England offiziell auf dem Standpunkt, daß die Unterseeboote durch die Abwehrmaßnahmen vollkommen überholt, also demgemäß als veraltet anzusehen seien. Aber die Praxis scheint sich auf einen anderen Standpunkt zu stellen. Man denkt in England noch immer an die Schrecken der Kriegszeit, und die Stellungnahme seiner Verbündeten, zumal Frankreichs, Amerikas, Japans, belehrt England fortgesetzt, daß mit dem Unterseeboot noch immer gerechnet wird. Auf der Konferenz von Washington im vorigen Jahre hat England den Antrag gestellt, die Unterseebootschiffe aus den Kriegsmarinen vollständig auszuschließen, was auch nicht gerade auf großes Vertrauen auf die Bedeutungslosigkeit des Unterseeboots schließen läßt. Es versteht sich von selbst, daß ebenso auch alle anderen Fortschritte und Neuerungen verfolgt werden, drahtlose Telegraphie und Telephonie, Wasserflugzeuge, neue Motoren, Turbinen, Signalwesen, Stabilitätsrichtungen usw.

Die weitgehende Einschränkung der deutschen Marine hat auch ihren Einfluß auf die Marineverflechtung und sonstigen angelegerten Betriebsstätten ausgeübt. In Kiel ist nur noch ein kleines „Arsenal“ übriggeblieben; die einzige Marineverflechtung, die noch arbeitet, ist die zu Wilhelmshaven, auch gegen früher stark verkleinert. In der Kieler Bucht bei Friedrichsort besteht eine Minenversuchsstation und ein Minendepot, in Eckernförde eine Torpedoversuchsstation. Der einzige Neubau ist zurzeit ein kleiner Kreuzer der Dresden-Klasse, der ein veraltetes Schiff dieser Art ersetzen soll.

Bermischtes.

▲ Eine Riesensforderung. Eine Dame in Klein-Floßbeil bei Hamburg erhielt vom Finanzamt Mantence eine Kirchensteuerbescheid für 1922. Auf einem Formular, das mindestens einen Wert von 10 Papiermark hatte, wurde ihr mitgeteilt, daß sie 0,88 Mark zu entrichten habe, und zwar in vierteljährlichen Raten von je 0,20 Mark am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November, bei Vermehrung von Wohnung und Zwangsvollstreckung. Wenn nun die Dame wirklich viermal die angeforderten 20 Pfennig zahlt, wo bleiben denn da die noch fehlenden 8 Pfennig? Um Gottes willen, wo bleiben die 8 Pfennig?

▲ König Peters Nachlaß. Dieser Tage wurde von dem Hinterlassenschaftsgericht in Belgrad über die Verteilung des Nachlasses des im Jahre 1921 verstorbenen Königs Peter von Serbien Beschluß gefaßt. Das Testament des Königs war vom 18. November 1914 datiert, stammte also aus der Zeit, da ein großer Teil Serbiens von den österreichischen Truppen besetzt war. Der König verfügte, daß seine Wertpapiere unter seine Kinder, Alexander, Georg und Helena verteilt werden sollen, während die unbeweglichen Güter dem jetzigen König und dem damaligen Thronfolger Alexander zugedacht waren. Peter hinterließ eine halbe Million Dinar Bargeld, drei Häuser in Belgrad, eines in Gattin, ferner ein Gut in Tobola, sowie 15.000 inländische und 25.000 ausländische Aktien; unter letzteren befinden sich zahlreiche Aktien Pariser Zeitungen, so vom „Temp“, „Petit Parisien“, „Figaro“, „Petit Journal“ u. a. m.

Der Dollar 1. März: 22743,00—22857,00 Mk.
" " 2. März: 22728,03—22841,37 Mk.

Neueste Meldungen.

Deutsch-italienisches Wirtschaftsabkommen.

Berlin. Das vorläufige deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen vom 28. 8. 1921, erneut am 31. Mai 1922, ist ohne Veränderung für weitere 9 Monate ab 1. März 1923 verlängert worden.

Belämpfung der Arbeitslosigkeit.

Berlin. Aus einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern wird mitgeteilt: Der Landtag hat in seinem Beschluß vom 4. Oktober 1922 betr. Maßnahmen zur Milderung einer zu erwartenden Arbeitslosigkeit angeregt, Staatsausträge in erster Linie den Landbeständen und Betrieben zu überweisen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders groß ist, und bei der Vergabung dieser Arbeiten sich der Mitwirkung der beteiligten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu bedienen, auch was die Beurteilung der Preisfestsetzung, der Arbeitsausführung und der Arbeitsverhältnisse in den mit beratigen Aufträgen bedachten Betrieben anbelangt. Der Minister ersucht die Behörden, diesen Beschluß des Landtages bei der Vergabung öffentlicher Arbeiten zu beachten.

Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung.

Berlin. Im Hinblick auf die Verschlechterung, die der Arbeitsmarkt in den letzten Wochen erfahren hat, wird auf Grund von Anweisungen des Reichsarbeitsministers durch entsprechende Erlasse des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt von Zeit zu Zeit für gewisse Berufs-kategorien eine Neuregelung der Arbeitsunterstützung in der Art vorgenommen, daß die Beschränkung der Unterstützung auf 13 Wochen aufgehoben wird. Der neueste Erlaß des Volkswohlfahrtsministers verweist auf die Angehörigen des Spinnstoffgewerbes, der Lederindustrie, sowie auf die Schuhmacher, Pugmacherinnen, Plätterinnen und Hutmacherinnen.

Weitere Besetzung von Bahnhöfen.

Böhm. Die Franzosen haben die Bahnhöfe Mülheim (Saarpfalz), Mülheim-Sturum, Mülheim-Eppinghoven und Mülheim-Broich besetzt. Die Strecke Mülheim-Kettwig ist dadurch stillgelegt. Bei den Beutezügen der Franzosen, die auf die Wegnahme von Lokomotiven und beladenen Kohlenwagen hünzielten, ist beobachtet worden, daß regelmäßig vor der Einkreisung eines Bezirks von französischen Flugzeugen aus die Bahnhofsanlagen beobachtet und fotografiert werden. Zeigen die Aufnahmen genügend beladene Wagen, dann wird der betreffende Bezirk umstellt und ausgeräubert.

Bahnunfälle durch Franzosenwirtschaft.

Koblenz. In den letzten Tagen haben sich verschiedene Unfälle ereignet. So wurde am Bahnübergang Schützenhof bei Koblenz ein Lastauto von einem von Franzosen gefahrenen Personenzug überfahren. Der Kraftwagenführer und sein Begleiter sind schwer verletzt. Bei dem Block Königbach fuhr ein Personenzug auf einen im Nebengleis stehenden Leertzug. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Lokomotiven und 13 Wagen wurden zertrümmert. Im Koblenzer Bahnhof entgleiste ein Packwagen mit beiden Achsen.

Aufhebung der Mainzer Verkehrsperre.

Mainz. Die seit etwa acht Tagen wegen angeblicher Sabotageakte an Telephon- und Telegraphenverbindungen über Mainz und die nächste Umgebung verhängte nächtliche Verkehrsperre wird durch Bekanntmachung des hiesigen Oberdelegierten für die Rheinlande wieder aufgehoben, mit der Begründung, daß derartige Sabotageakte sich nicht wiederholt hätten.

Schwarze Franzosen auf dem Hundstail.

Simmern. Eine Schwadron französischer farbiger Soldaten (Spahis) rückte ein. Für die farbige Mannschaft mußten Bürgerquartiere freigemacht werden. Der Verleger der hier erscheinenden Hundstailer Zeitung und der Redakteur desselben Blattes Sommerich sind schon vier Wochen im französischen Militärgefängnis, ohne überhaupt verhört worden zu sein.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 2. März 1923.

□ Bürgerfrun. Warum zerfallen alle guten Absichten zugunsten unseres Volkswohles, alle Beschlässe und Maßnahmen in nichts? Was man auch unternimmt, um uns aus der Not herauszuführen, zeigt sich unzulänglich und bricht auf halbem Wege zusammen. Warum? Weil es Versuche sind am untauglichen Objekt. Die Volksgemeinschaft erweist sich täglich mehr als unfähig, Trägerin zu sein für die notwendigen wirtschaftlichen Reformen. Die Grundlage für jedes Gemeinschaftswerk, die Treue, ist ein Fremdling geworden in den Herzen. Wo sind Bürgerfrun und Verantwortlichkeitsgefühl der Volksgemeinschaft gegenüber? Jeder fühlt sich verpflichtet und be-rechtigt, Steine auf die heutigen Zustände zu werfen und Mittel für ihre Besserung anzugeben, aber alle diese Mittel haben das eine gemeinsam, daß sie sich immer und ausschließlich gegen die anderen richten. Niemand erhebt man das Einsehen der eigenen Person oder des eigenen Standes, einer versteht sich hinter dem andern. Die eigensüchtigen Vorbehalte in allen Lebenslagen sind es, an denen jegliche Verbesserung zerschellen muß. Wird man je die Geschichte derer schreiben, die sich mit heiltem Herzen aufgeopfert, um ihr Volk aus dem Elend zu befreien und die zerbrechen mußten an der Gleichgültigkeit eben dieses Volkes? Wir sind ein Ganzes als Volk und gehen entweder zusammen zugrunde oder wir werden zusammen erretet. Was tun wir, um eine Rettung zu erwidigen? Jeder versucht sich auf Kosten anderer über Wasser zu halten. Wird die Erkenntnis, daß es so nicht weitergehen darf, zu spät kommen?

Die dritte Ministerpräsidentenwahl. Wie in der Donnerstagstagung des Landtages bekannt gegeben wurde, ist die schon zweimal erfolglos verlaufene Ministerpräsidentenwahl nunmehr für Freitag den 9. März zum drittenmal angelegt. Am Sonntag findet bekanntlich die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt, in der über die Regierungskrisis und über die Frage der Neubildung der Regierung Beschluß gefaßt werden soll.

Für Abein und Aubr wurden in unserer Geschäftsstelle weiter abgegeben vom Männergesangverein „Lieberfranz“ Grumbach 10.000, Martin Günther 1500, Janamännerverein Grumbach 500, Schüler und Schülerinnen Neßen-Wilsdruff

4. Klasse 2500 M.; insgesamt 465.750 M. Weitere Spenden erbeten.

2. Sinfonie-Konzert der Stadtkapelle. Vor einem erfreulicherweise vollbesetzten Saale gab gestern abend das verstärkte Stadtorchester unter Mitwirkung von Frau Emma Wisela Hahnle eine Reihe künstlerisch wertvoller Musikstücke, die samt und sonders dem Beifall des Publikums errangen. Herr Musikdirektor Kömisch konnte das Konzert auch gar nicht schöner eröffnen, als mit der Festouvertüre von Lassen, die mit prächtigem Schwung gespielt wurde. Anschließend kam Mozart zu Worte. Zuerst durch den stimmbegabten Mund von Frau Schunke, die mit der ihr eigenen gelinglichen Feinkultur im idealen Zusammengehen mit der Kapelle die Arie aus dem ganz selten aufgeführten dramatischen Festspiel „Der königliche Schächer“ sang, und dann mit seiner 2. Sinfonie G-Moll, die in kläglichster Abtönung vollendet schön wiedergegeben wurde. Und nach Mozart Wagner: „Eisas Ermahnung an Ortrud“ aus „Lohengrin“, von der Sängerin bei aller Klarheit und haarscharfer Reinheit mit tiefer Innigkeit interpretiert. Von unwiderstehlichem Reiz der Tongebung war auch ihr „Lenz“ von Hilbach, dem man gern wieder einmal begegnete. Man meinte Zinzenschlag und Lärchenjubel über frühlingstrunkenen Meißel zu vernehmen, sah im Geiste Knospen schwellen und Blumen blühen und hörte Glocken klingen, sieghaft, überwältigend: Der Lenz ist wieder da! Kein Wunder, daß sich der rauschende Beifall nur durch eine Wiederholung beschwichtigen ließ. Mit der Großen Fantasie aus der „Götterdämmerung“ fand dieses genährliche Konzert sein gutes Ende. — Dem anschließenden Ball wurde gern und fleißig zugesprochen. Möchten sich diesem noch recht viele ebenso schöne Erfolge anreihen.

Der Steuerabzug erfährt vom 1. März 1923 ab eine wesentliche Aenderung. Bisher haben die Beträge, um die sich der von dem Arbeitslohn einzubehaltende Betrag von 10 vom Hunderte minderte, auf den Monat gerechnet, je 200 M für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau, 1000 M für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen und 1000 M zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge betragen. Diese Beträge erhöhen sich vom 1. März 1923 ab für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau auf je 800 M monatlich, für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen auf 4000 M monatlich und zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge ebenfalls auf 4000 M monatlich.

Beschlagnahme des Hüttenkoffes. Ähnlich wird uns mitgeteilt: Auf Anordnung des Reichsfinanzamts für die Kohlenverteilung werden die bei Händlern lagernden und bei ihnen eingehenden Mengen von Hüttenkoffen, gleichviel welcher Herkunft, mit sofortiger Wirksamkeit beschlagnahmt. Die Mengen sind sofort dem Landesohlenamt für Sachsen und Sachsen-Altenburg zu melden, das über sie verfügen wird. Jede Verfügung über Hüttenkoffe wird den Händlern untersagt, Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Öffentliche Bekanntgabe der Wucherer. Im Einverständnis mit der Reichsregierung werden die Regierungen der Länder in Zukunft alle Beurteilungen von Preiswucherern öffentlich mit vollem Namen des Beurteilten bekanntgeben und das Urteil auch im Geschäftslokale des Beurteilten an sichtbarer Stelle zum Aushang bringen.

Wieder eine erfolglose Holzversteigerung. Bei der Holzversteigerung am Dienstag in Freiberg, bei der Hölzer der Forstreviere Lohmitz und Reichenbach zum Verkauf kommen sollten, erklärten die Bieter, daß sie die vom Staate geforderten Preise nicht anlegen könnten. Da die Forstrevierverwaltungen auf ihren Preisen bestanden, wurde die Versteigerung abgebrochen. Die Holzversteigerung vom Reichenbacher Revier war zum zweiten Male angelegt. Sie wurde bereits, wie mitgeteilt, am Donnerstag in Rosten aus dem gleichen Grunde abgebrochen. Seitens der Käufer wurde allgemein erklärt, daß doch der Staat sich in erster Linie am Preisabbau interessieren möchte.

85 Tage Schulkferien im ganzen Reiche. Die Regierungen der Länder haben vereinbart, daß die Schulkferien im ganzen Reiche einschließlich der darin enthaltenen Sonn- und Feiertage 85 Tage dauern. Für die Ferien des Schuljahres 1923/24 gilt folgende Ordnung: Die Osterferien beginnen mit dem Sonnabend vor Palmsonntag, d. i. am 24. März, und endigen mit dem 7. April. Die Pfingstferien beginnen mit dem 19. Mai und endigen mit dem 26. Mai. Die Sommerferien beginnen mit dem 14. Juli und endigen mit dem 20. August. Die Herbstferien beginnen mit dem 28. September und endigen mit dem 6. Oktober. Die Weihnachtsferien beginnen mit dem 22. Dezember 1923 und endigen mit dem 5. Januar 1924.

□ Einschränkung der deutschen Postzensur. Aus Süddeutschland wird gemeldet, daß die durch Organe der Reichsfinanzverwaltung vom Kriegsende bis heute vorgenommene Prüfung der verschlossenen Einschreibebriefe im Auslandsverkehr in den nächsten Tagen wesentlich eingeschränkt werden wird. Mit dem Verschwinden der Zensur werde auch eine wesentliche Beseitigung in der Beförderung dieser Einschreibepost verbunden sein. Die Briefe n a ch dem A u s l a n d werden freilich nach wie vor geprüft.

□ Verähnlichung für Studierende und Schüler aus dem besetzten Gebiet. Die Reichsfinanzverwaltung teilt mit: Studierenden und Schülern aus dem besetzten Gebiet und dem Einbruchgebiet, die wegen Verkehrsstörungen ihren Heimatsort bei Beginn der bevorstehenden Semester- und Osterferien nicht erreichen können, wird ausnahmsweise die Benutzung der Schülerferienkarten zur späteren Heimreise gestattet.

□ Kein Postverkehr mit Mainz. Infolge der französischen Eingriffe besteht zurzeit noch keine Möglichkeit, Postsendungen nach Mainz zu befördern, da die Franzosen die zur Postbeförderung benutzten Kraftwagen beschlagnahmt haben und auch die Post, die auf dem Wege über Frankfurt-Biesbaden ans Ziel gebracht werden sollte, nicht durchlassen.

□ Postkarten mit aufgeliebter Anschrift. Die deutsche italienische Handelskammer in Frankfurt a. M. teilt mit, daß die italienische Postbehörde vielfach Postkarten mit aufgeliebter Anschrift als ungenügend frankierte Sendungen mit Strafe belegt. Die Handelskammer hat sofort nähere Erkundigungen beim Postministerium in Rom ein-gezogen, rät aber, vorläufig solche Postkarten nicht nach Italien zu versenden.

Die neue Schau der 20 Sensationen. Wiederum tritt Hans Storch-Carajani, Dresdens vollständiger Zirkusmann, vor die Dresdener Zirkusgemeinde mit einer großen und bewundernswerten Aeberraffung. Er hat eine neue Reformleistung geschaffen und häuft nicht weniger als 20 Sensationen in einem einzigen Spielplane. Und es sind wahre und echte Sensationen: Sherlock Holmes, der klassische Detektiv, erscheint auf der Bühne und gibt seine letzten Abenteuer zum Besten. Abenteuer von